



Thüringer Schulgesetz, § 2

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule in Thüringen leitet sich ab von den grundlegenden Werten, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Freistaats Thüringen niedergelegt sind. Die Schule erzieht zur Achtung vor dem menschlichen Leben, zur Verantwortung für die Gemeinschaft, zu einem gewaltfreien und friedlichen Zusammenleben weltweit und zu einem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt und der Natur. Sie pflegt die Verbundenheit mit der Heimat in Thüringen und in Deutschland, fördert die Offenheit gegenüber Europa und weckt das Verantwortungsgefühl für alle Menschen in der Welt. Wesentliche Ziele der Schule sind die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, die Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Vorbereitung auf das Berufsleben, die Befähigung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung [...].











Vorgehen

- Krisen- und Transformationserscheinungen moderner Demokratien als Herausforderung für die Demokratiebildung
- 2. Handlungsfelder der Demokratiebildung
- Aporien der Demokratiebildung als Bedingung professionellen Handelns
 - Umgang mit politischen Kontroversen
 - Schülervertretung
- 4. Fazit in zwei Thesen



Krisen- und
Transformationserscheinungen
moderner Demokratien als
Herausforderung für die
Demokratiebildung



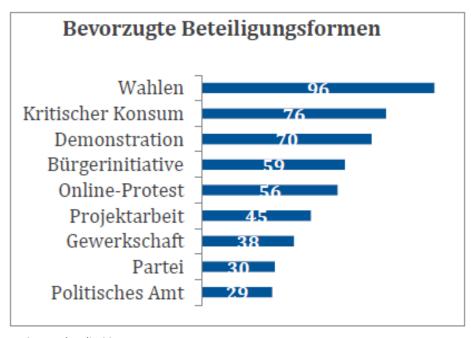
Modernisierungskrisen

- Verteilungskrise
- Identitäts-/Sinnkrise
- Repräsentationskrise

Transformation der medialen Öffentlichkeit

Veränderung der politischen Partizipation





FES Jugendstudie 2015, 14-bis 29-Jährige, N=2.065.

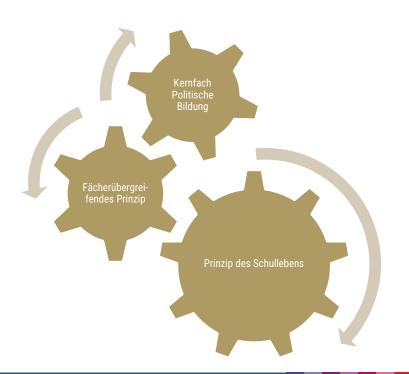


Handlungsfelder der Demokratiebildung





Demokratiebildung in verzahnten schulischen Feldern









Aporien der Demokratiebildung



"Der freiheitliche demokratische Staat lebt von Voraussetzungen, die er als Staat allein nicht garantieren kann. [...] Historisch-politische Urteilsfähigkeit und demokratische Haltungen und Handlungsfähigkeit als Schlüsselkompetenzen müssen entwickelt und eingeübt werden"

KMK 2018

Der freiheitlichdemokratische Staat "ist
darauf angewiesen, dass
Bürgerinnen und Bürger
aus eigener Überzeugung
freiwillig im Sinne der
Demokratie handeln"

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA



Wie soll man absichern, dass beides immer zusammengeht, also die Schülerinnen und Schüler aus eigener Überzeugung zu demokratischen Urteilen und Verhaltensweisen kommen?







Aporien der Demokratiebildung
– am Beispiel des Umgangs mit
politischen Kontroversen



Das Überwältigungsverbot: "Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der "Gewinnung eines selbständigen Urteils" zu hindern. Hier genau verläuft nämlich die Grenze zwischen Politischer Bildung und Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der - rundum akzeptierten - Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers."





Das Kontroversgebot: "Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Diese Forderung ist mit der vorgenannten aufs engste verknüpft, denn wenn unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten. Zu fragen ist, ob der Lehrer nicht sogar eine Korrekturfunktion haben sollte, d. h. ob er nicht solche Standpunkte und Alternativen besonders herausarbeiten muss, die den Schülern (und anderen Teilnehmern politischer Bildungsveranstaltungen) von ihrer jeweiligen politischen und sozialen Herkunft her fremd sind."





Die Schülerorientierung: "Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen."











Kerstin Pohl: "Alle politischen Bildnerinnen und Bildner sind sich einig, dass in der politischen Bildung nicht jede Position als legitime Position dargestellt werden muss"









"Wir können, müssen aber nicht alles kontrovers diskutieren."

Politisches Kriterium: Alles, was sich mit Bezug auf Grundwerte liberaler Demokratien klar entscheiden lässt, wird nicht offen diskutiert.

UND

Epistemisches Kriterium: Alles, was sich mit Bezug auf wissenschaftliche Standards der Wahrheitsfindung nicht bestreiten lässt, wird nicht offen diskutiert.



Für welches Handlungsfeld werden Kriterien der Grenzen von Kontroversität gesucht?



Zivilgesellschaft – Ziel: Diskursdominanz



Schule - Ziel: Lernen



Politik - Ziel: Macht





Beispiel

Ich [Studentin] hospitierte schon seit längerem in dieser Klasse, sodass es für die Schüler/innen selbstverständlich war, dass ich in der Gruppenarbeitsphase herumging und mit ihnen ins Gespräch kam. Die erste Gruppe erzählte mir sofort von ihren Plänen, die Preise für den Nahverkehr zu senken. Die zweite Gruppe wollte allerdings eher ungern mit mir über ihr Thema reden. Sie verschwiegen es mir eine ganze Weile mit dem Vorwand, dass ich sie sicher als rassistisch bezeichnen würde, wenn sie mir ihr Thema verrieten. Nach einer Weile erklärten sie mir dann, dass sie mit ihrer Partei für eine Verschärfung des Asylrechts eintreten möchten. Konkret sollten weniger Ausländer in Thüringen aufgenommen und deren Verhalten besser kontrolliert und gegebenenfalls auch sanktioniert werden. Nachdem sie mir ihre Forderungen präsentiert hatten, begannen sie sofort damit, Argumente dafür aufzulisten. Ohne dass ich mich zu der Themenwahl äußerte, hatte ich das Gefühl, dass sie sich dafür vor mir rechtfertigen wollten.



Beispiel

Sie erzählten mir von negativen Erfahrungen mit Flüchtlingen aus X-Stadt (dort ist eine Erstaufnahmestelle). Beispielsweise würden diese Autos zerkratzen oder Bürger beleidigen. Ich bestätigte ihnen zunächst, dass ich ihre Ängste verstehen könne, fragte sie aber auch, ob sie wüssten, unter welchen Bedingungen Flüchtlinge in X-Stadt leben. Sie bejahten meine Frage und erzählten mir von den schlechten Lebensbedingungen in X-Stadt. Trotzdem brachten sie gleich darauf weitere Argumente an. Beispielsweise liege der Ausländeranteil in Schweden bereits bei über 50 Prozent, was man in Deutschland unbedingt verhindern müsse. Diese These widerlegte ich sofort, was die Schüler/innen mir nicht glauben wollten. Im weiteren Verlauf hatte ich immer mehr das Gefühl, dass ich nicht an die Schüler/innen herankam und sie sich sogar von mir angegriffen fühlten, obwohl ich ihnen immer wieder versicherte, dass ich ihre Ängste wirklich verstehen könne".





"Wir können, müssen aber nicht alles kontrovers diskutieren."

Politisches Kriterium: Alles, was sich mit Bezug auf Grundwerte liberaler Demokratien klar entscheiden lässt, wird nicht offen diskutiert.

UND

Epistemisches Kriterium: Alles, was sich mit Bezug auf wissenschaftliche Standards der Wahrheitsfindung nicht bestreiten lässt, wird nicht offen diskutiert.

UND

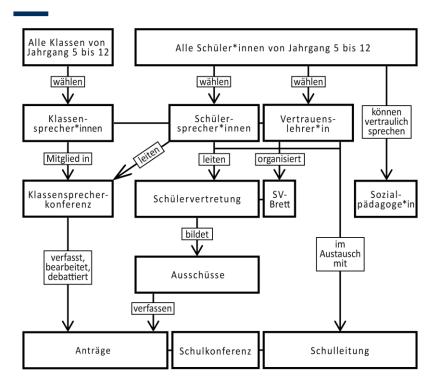
Pädagogisches Kriterium: Alles, was **nicht** authentisch von den SuS vorgebracht wird und auch ein politisches oder epistemisches Kriterium nicht erfüllt, wird nicht offen diskutiert. Wenn eine Äußerung als echte Orientierungssuche in der Welt erscheint, sollte sie dagegen offen diskutiert werden.





Aporien der Demokratiebildung – am Beispiel der Schülervertretung





Schülervertretung – Heinrich Hertz Gymnasium Erfurt







Dienstag, 20. September 2022

Themen 🗸

Sendungen

Programm

Podcasts

Audio-Archiv





Startseite / Campus & Karriere / Mehr Mitspracherecht für Schüler und Schülerinnen

Archiv

Demokratie an der Schule

Mehr Mitspracherecht für Schüler und Schülerinnen

Schülervertretungen sollen für mehr Demokratie an deutschen Schulen sorgen, indem sie die Interessen der Schülerinnen und Schüler gegenüber den Lehrern transportieren. Schülervertreter Luca Samlidis wünscht sich aber noch mehr Mitspracherecht, zum Beispiel wenn es um die Gestaltung der Lehrpläne geht.

Von Dirk Groß-Langenhoff | 04.03.2017





"Lehrer: also was hier noch dazu gehört Klassensprecher ihr habt gewählt

Zwei Klassensprecher welche sind das Katrin? [Gelächter]

Katrin: Klaus und Sabine

Lehrer [kann Katrin nicht verstehen]: Klaus und?

Markus: Sabine hat sie gesagt Lehrer: richtig Klaus und Sabine

Günter [laut und belustigt]: ich weiß das gar nicht mehr

[es entsteht ein Durcheinander/Zurufe/Gelächter]

Lehrer: Sabine du bist Klassensprecherin ne?

Sabine: was? [Gelächter]

Günter [über Sabine]: sie weiß es selber nicht woher sollen

wir es denn wissen Sabine: doch glaub

Günter: keiner will ja sonst"





Qualitativ: mehr ,harte' Rechte

Quantitativ: mehr Bereiche der Mitwirkung

SV-Budget



Belebung von Schülergruppen

Die Schüler haben das Recht, sich an ihrer Schule zur Verfolgung von Zielen zusammenzuschließen, die innerhalb des Bildungsauftrags der Schule nach § 2 liegen (Schülergruppen). Schülergruppen dürfen dafür Schulanlagen und Schuleinrichtungen benutzen. Der Schulleiter kann die Benutzung von Schulanlagen und Einrichtungen der Schule mit Auflagen gestatten oder verbieten, wenn schulische Belange dies erfordern. Die Schulkonferenz regelt Grundsätze für die Betätigung von Schülergruppen in der Schule. (§ 27, ThürSchulG)





Aktive Schülerzeitung

Die Schüler können in den Schülerzeitungen von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen. Jeder Schüler hat das Recht, an den Schülerzeitungen für eine oder mehrere Schulen mitzuwirken. Die Schülerzeitungen werden von einer Redaktion von Schülern herausgegeben und vertrieben. Die Redaktion ist, anders als bei der im Rahmen einer Schulveranstaltung unter der Verantwortung eines Schulleiters herausgegebenen Schulzeitung, für den Inhalt der Schülerzeitung allein verantwortlich. Sie kann sich einen Lehrer ihres Vertrauens zur Beratung wählen. (§ 28a, ThürSchulG)





Diskurse herrschen nicht. Sie erzeugen eine kommunikative Macht, die die administrative nicht ersetzen kann, sondern nur beeinflussen kann.







Fazit in zwei Thesen





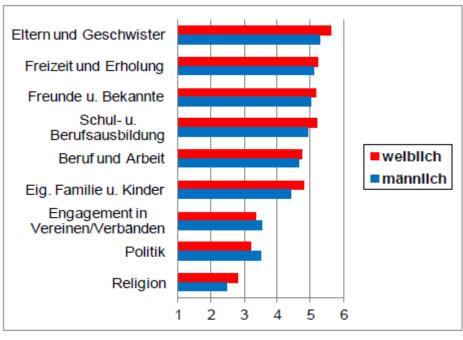
These 1: Demokratische Orientierung und Haltung sind für Professionelle in der Demokratiebildung notwendig, oft aber nicht hinreichend, manchmal sogar hinderlich. Haltung ist noch keine didaktische Strategie!



These 2: Vergesst die Zielgruppen nicht!







Die Frage lautet: Bitte geben Sie zu den gelisteten Lebensbereichen an, wie wichtig diese für Sie persönlich sind. Antwortskala: 1 = "überhaupt nicht wichtig" bis 6 = "sehr wichtig".

FES Jugendstudie 2015, 14-bis 29-Jährige, N=2.065.





Tab. 2.13 Wer oft aktiv ist. Entwicklung bei unterschiedlichen Gruppen im Zeitverlauf Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren

Oft aktiv in % bei den jeweiligen Teilgruppen	2002	2006	2010	2015	2019
Oft aktiv waren/sind	35	33	40	35	36
Nach Statuspassage					
Schüler insgesamt	36	34	43	34	37
- An Nicht-Gymnasien	35	33	42	32	35
- An Gymnasien	36	34	44	36	38
Studierende	44	41	44	42	38
In Ausbildung	29	35	34	33	35
Erwerbstätige	31	27	38	33	36
Nicht-Erwerbstätige/Arbeitslose	33	33	35	31	29
Nach Herkunftsschicht					
Untere Schicht	25	30	22	29	23
Untere Mittelschicht	30	28	38	35	33
Mittelschicht	37	31	38	29	35
Obere Mittelschicht	39	38	47	38	37
Obere Schicht	39	40	50	42	47

Shell Jugendstudie 2019 - Kantar



